

► Allgemeines

Start der einheitlichen Behördennummer 115. Am 24. März 2009 begann der Pilotbetrieb der bundeseinheitlichen Behördennummer 115 in Berlin, Hamburg und weiteren Modellregionen in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen. Mit dem neuen Service wird der Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen und amtlichen Informationen für etwa 10 Mio. Bürgerinnen und Bürger erleichtert. Der Zentralruf ist von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr erreichbar. 75 % der Anrufe werden innerhalb einer Frist von 30 Sekunden entgegengenommen, 55 % beim ersten Kontakt beantwortet, ganz gleich, welche Behörde für das Anliegen zuständig ist. Über die Servicenummer sind beispielsweise auch Einrichtungen wie das Statistische Bundesamt, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und einige Bundesministerien zu erreichen. Sollte eine sofortige Bearbeitung nicht möglich sein, erhalten die Anrufenden innerhalb von 24 Stunden eine Nachricht per E-Mail, Fax oder Rückruf. Unbedingt zu beachten: Der Service ist mit Kosten verbunden und wird im Festnetz je nach Anbieter mit 7 bis 10 Cent pro Minute berechnet. Für mobile Telefone liegt der Minutenpreis den Angaben zufolge zwischen 17 und 20 Cent. Das zunächst auf zwei Jahre angelegte Projekt folgt dem Vorbild entsprechender Angebote in Frankreich, England und den USA. *Quelle: Mitteilungen des Deutschen Städtetages 3.09*

Wahl von Beiräten für Migration und Integration.

Nach einem am 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Landesgesetzes in Rheinland-Pfalz müssen Gemeinden mit mehr als 1000 und Landkreise mit mehr als 5000 ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern Vertretungsgremien wählen, die sich für die Belange dieser Interessengruppe auf kommunaler Ebene einsetzen, um auf diese Weise die soziale Partizipation der Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Stimmberechtigt sind bei der Wahl am 8. November 2009 die ausländische Bevölkerung des Bundeslandes sowie Eingebürgerte, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Das passive Wahlrecht erstreckt sich auf die gesamte Einwohnerschaft der jeweiligen Kommunen. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen von Rheinland-Pfalz 51-1/09*

Stadt der Vielfalt. Das Entstehen des neuen Berlin durch Migration. Von Sanem Kleff und Eberhard Seidel. Hrsg. Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration. Selbstverlag. Berlin 2008, 200 S., EUR 3,– *DZI-D-8668*

Berlin ist seit Jahrhunderten eine Einwanderungsstadt und versteht sich heute als das kosmopolitische Zentrum Deutschlands. Ungefähr ein Viertel der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Doch die soziale Situation vieler Zugezogenen ist prekär und die vielfältigen Potenziale der Diversität werden überschattet von Kontroversen um Parallelwelten, „Ehrenmorde“ und andere Formen der

Kriminalität. Diese Konfliktthemen beleuchten Sanem Kleff und Eberhard Seidel nach einem historischen Rückblick auf die Einwanderung seit dem 17. Jahrhundert und die neue Immigrationswelle der Nachkriegszeit. Die gelungene Verwirklichung der multikulturellen Gesellschaft zeige sich vor allem in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur. Dennoch sei es aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs um qualifizierte Arbeitskräfte wichtig, die Attraktivität des Standorts durch eine erfolgreiche Umsetzung des im Jahr 2005 vorgelegten Integrationskonzeptes weiter zu erhöhen. Bestelladresse: Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/9017-2357 oder 030/9017-2322, E-Mail: Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de

► Soziales

Start der Caritas-Schuldnerberatung im Internet. Die Anzahl der verschuldeten Menschen in Deutschland ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Rund drei Mio. Haushalte sind nicht mehr in der Lage, mit ihrem Einkommen oder Vermögen laufende Zahlungen zu erfüllen. Um hier Unterstützung zu leisten, hat der Deutsche Caritasverband am 4. Mai dieses Jahres eine kostenlose Schuldnerberatung im Internet eingerichtet. Unter der Anschrift www.beratung-caritas.de können sich Hilfesuchende informieren und per E-Mail anonym beraten lassen. Zu finden sind neben einer Liste mit Antworten auf häufig gestellte Fragen auch die Adressen der Caritas-Schuldnerberatungsstellen vor Ort sowie zusätzliche Informationsportale zu Themen wie Sucht, Schwangerschaft, Erziehung und Engagement. Zurzeit gibt es bundesweit ungefähr 1000 Schuldnerberatungsstellen, 270 davon gehören dem Deutschen Caritasverband. Gemessen an der hohen und steigenden Nachfrage ist der Bedarf jedoch bei weitem nicht gedeckt. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Caritasverbandes vom 4. Mai 2009*

Ein Kaufhaus für Menschen mit geringem Einkommen.

Im Mai 2008 gründete die Diakonie Michaelshoven das soziale Kaufhaus Kalk in Köln. Mit der Kundenkarte „faircard“ gibt es bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze 30 % Sofortrabatt auf alle Waren, die übrigen faircard-Besitzenden erhalten 3 % Nachlass. Das Angebot umfasst preisgünstige Second-Hand-Waren für Haushalt, Familie, Ausbildung, und Pflege sowie Kleidung, Saisonartikel, Bürobedarf und Kinderspielzeug. Sozial ist das Kaufhaus in doppelter Hinsicht, denn es bietet zudem langzeitarbeitslosen Menschen mit Vermittlungshemmnissen eine Möglichkeit zur fachlichen Qualifizierung. Die Öffnungszeiten sind montags bis freitags zwischen 10 und 18 Uhr und samstags zwischen 10 und 15 Uhr. Weitere Informationen: www.diakonie-michaelshoven.de. *Quelle: Pressemitteilung der Diakonie Michaelshoven vom 27. April 2009*

Leitfaden zum Arbeitslosengeld II. Der Rechtsratgeber zum SGB II. Hrsg. Arbeitslosenprojekt TuWas. Fachhochschulverlag. Frankfurt am Main 2008, 687 S., EUR 14,– *DZI-D-8570*

Das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene SGB II, besser bekannt als „Hartz IV“, bildet die gesetzliche Grundlage für die Gewährung von Arbeitslosengeld und Sozialgeld. Vor kurzem sind einige neue Regelungen hinzugekommen, zum Beispiel in Hinblick auf die Höhe der Leistungen, die

Berechnung des Kinderzuschlags, die Anrechnung von Einkommen und den Wechsel in die Altersrente. Unter Berücksichtigung der ersten Entscheidungen der Sozialgerichte beleuchtet dieser Ratgeber viele in der Praxis auftretende Fragen, auch bezüglich häufig vernachlässigter Bereiche wie Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung. Arbeitslose Menschen und beratende Fachkräfte erhalten somit einen umfassenden Einblick in die derzeit gültigen rechtlichen Bestimmungen. Bestelladresse: Fachhochschulverlag, Kleiststraße 10, 60318 Frankfurt am Main, Tel. 069/15 33-28 20, E-Mail: bestellung@fhverlag.de

Interkulturelle Öffnung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Um die soziale Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern, hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg im Februar dieses Jahres Leitlinien verabschiedet, die den Zugang zu den einzelnen Mitgliedsorganisationen erleichtern sollen. In diesem Kontext läuft zurzeit auch ein Projekt „Zur Förderung der Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in der Jugend- und Altenhilfe“. Das Vorhaben eröffnet noch bis Januar 2012 die Möglichkeit, an drei ausgewählten Standorten in Baden-Württemberg, darunter Stuttgart und Pforzheim, die interkulturelle Öffnung voranzubringen. Aktuelle Projektinformationen sind in Kürze in deutscher und türkischer Sprache auf der Homepage des Verbandes abrufbar. *Quelle: Parität inform Baden-Württemberg 1.2009*

Online-Beratung für Trauernde. Trauernden Menschen wird von ihrer Umwelt oft nur wenig Verständnis entgegengebracht, denn Freunde und Bekannte wissen meist nicht, wie sie mit der Situation umgehen sollen. Aus diesem Grund hat die Zentrale Anlaufstelle Hospiz (ZAH) des Berliner Unionhilfswerks wieder ihr monatliches Chat-Forum gestartet. Voraussetzung zur Teilnahme ist eine Registrierung, die anonym auf der Homepage www.hospiz-aktuell.de/Online-Beratung vorgenommen werden kann. Jeden dritten Sonntag im Monat findet zudem ein angeleitetes Chatangebot statt. Die ZAH ist eine Beratungs- und Informationsstelle zu den Themen Sterben, palliative Versorgung, Patientenverfügung, Sterbebegleitung und Trauer. Der Service umfasst auch eine telefonische Beratung unter der Rufnummer 030/40 71 11 13 jeweils zu den Bürozeiten montags, dienstags und freitags von 9 bis 13 Uhr sowie am Dienstagnachmittag von 14 bis 18 Uhr. *Quelle: Paritätischer Rundbrief des Landesverbandes Berlin 4.2009*

► Gesundheit

Spendenrekord bei der DKMS. Die Deutsche Knochenmarkspenderdatei (DKMS) verhilft Menschen, die an Leukämie oder anderen Krankheiten des blutbildenden Systems erkrankt sind, durch die Vermittlung von Knochenmark- oder Stammzellspenden zu besseren Lebenschancen. Im Monat Februar 2009 wurde ein Rekord verzeichnet: 39 001 potenzielle Spendende ließen sich in der Datei eintragen. Diese Zahl setzt sich zusammen aus 27 730 Neuaufnahmen bei 43 bundesweiten Typisierungsaktionen, 2 226 bei 31 Betriebstypisierungen und 9 045 über die Internetseite www.dkms.de. Gegenüber dem Februar 2008 ergab sich ein Anstieg um 17 738 Registrierungen. *Quelle: Die BKK 4.2009*

Die erste „Mobile Akademie“ für Menschen mit Handicap. Unter dem Motto „Gewusst wie – trotz Aphasie“ wurde im Freistaat Sachsen das bislang einzigartige Projekt einer „Mobilen Akademie“ ins Leben gerufen. Der Begriff Aphasie bezeichnet eine Schädigung des Sprachenzentrums im Gehirn, die als Folge eines Schlaganfalls, eines Gehirntumors oder einer Gehirnblutung auftreten kann und je nach Schwere der Erkrankung mit Beeinträchtigungen beim Sprechen, Schreiben, Lesen oder Verstehen verbunden ist. Ziel des Projektes ist es, Referierende mit entsprechenden Dysfunktionen zu gewinnen, die ihr im Rahmen von Beruf, Ehrenamt oder Hobby gewonnenes fachliches Wissen an andere Betroffene oder Interessierte weitergeben. Die Angebote reichen von Einzelworkshops in Selbsthilfegruppen bis hin zur Ausrichtung größerer Kongresse in den drei zentralen Regionen Chemnitz, Leipzig und Dresden. Erreicht werden sollen vor allem Menschen, die aufgrund eines Handicaps die üblichen Bildungsangebote, wie zum Beispiel Volkshochschulen, nur eingeschränkt nutzen können. *Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales 53/2009*

Beratung bei Online-Sucht in Hessen. Das von der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen (HLS) entwickelte Beratungsangebot „Netz mit Webfehlern?“ unterstützt seit dem vorigen Jahr durch Informationsmaterial und Fortbildungen Menschen, die sich mit dem Problem der Online-Sucht auseinandersetzen. Obwohl repräsentative Daten zu der Frage, ob der häufige Computergebrauch ein neues Störungsbild mit Suchtcharakter darstellt, noch fehlen, gehen in der HLS immer mehr Anfragen von Eltern, Angehörigen oder Lehrenden ein, die über eine problematische Computer- und Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen berichten. Im Extremfall könne es zur Aufgabe sämtlicher anderer Freizeitaktivitäten, zu sozialer Isolation, schulischen Schwierigkeiten und gesundheitlichen Störungen kommen. Das von der Techniker Krankenkasse (TK) unterstützte Projekt informiert über die möglichen Suchtpotenziale des Internets, um die Aufmerksamkeit für dieses Thema zu erhöhen. Insgesamt umfasst das neue Angebot 26 Suchtberatungsstellen, 20 Fachstellen für Suchtprävention, drei spezielle Fachstellen für Mediensucht und eine Selbsthilfegruppe von Angehörigen. Die TK beabsichtigt, das Konzept in anderen Bundesländern zu übernehmen. Weitere Informationen im Internet: www.hls-online.org *Quelle: Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit vom 8. Mai 2009*

Sexuell übertragbare Krankheiten. Hrsg. Deutsche AIDS-Hilfe e.V. Selbstverlag. Berlin 2008, 176 S., kostenlos *DZI-D-8611*

Sexuell übertragbare Krankheiten, abgekürzt STDs (sexually transmitted diseases), sind Krankheiten, bei denen eine Ansteckung durch intime physische Kontakte erfolgen kann. Nach Abflauen des Aids-Schocks der 1980er-Jahre treten viele dieser Krankheiten wieder häufiger auf und auch die Zahl der HIV-Neuinfektionen ist in den letzten Jahren angestiegen. Diese aktualisierte Broschüre informiert über die in Deutschland häufigsten STDs, deren Übertragungswege und entsprechende Schutzmöglichkeiten. Sie enthält auch Hinweise zu den jeweiligen Erregern und zu Themen wie Meldepflicht, Inkubationszeit, Diagnose und Therapie. Im Anhang finden sich ein Glos-

sar, wichtige Internetanschriften und Angaben zu weiteren Publikationen der Deutschen AIDS-Hilfe. Die alphabetische Darstellung einzelner Krankheiten erleichtert eine rasche Orientierung für Mitarbeitende in Beratungsstellen und Arztpraxen sowie interessierte Laien. Bestelladresse: Deutsche AIDS-Hilfe e.V., Wilhelmstraße 138, 10963 Berlin, Tel.: 030/69 00 97-0, E-Mail: dah@aidshilfe.de, Internet: www.aidshilfe.de

► Jugend und Familie

Bundesregierung stärkt Kinderschutz. Um Kinder effektiver vor Misshandlungen zu schützen, hat die Bundesregierung einen neuen Gesetzentwurf (16/12429) vorgelegt, mit dem die Schweigepflicht von Ärztinnen, Ärzten und anderen relevanten Berufsgruppen gelockert werden soll. Die Änderung betrifft Situationen, in denen solchen Personen „gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen bekannt sind“. In diesem Fall wird die Genehmigung eingeräumt, sich an eine „erfahrene Fachkraft“ oder auch an das Jugendamt zu wenden, um das Risikopotenzial einzuschätzen und Maßnahmen zum Schutz des Kindes einzuleiten. Die Daten der Kinder und Jugendlichen müssen vor der Weitergabe anonymisiert oder pseudonymisiert werden. Vorgesehen ist auch, durch eine Änderung des Sozialgesetzbuches VIII die Aufgaben der Jugendämter zu konkretisieren. *Quelle: Das Parlament 17.2009*

Verbände fordern 500 Euro Grundsicherung für Kinder. Um angesichts der wachsenden Kinderarmut für mehr Chancengleichheit einzutreten, fordert das „Bündnis Kindersicherung“ eine einheitliche Grundsicherung für Kinder in Höhe von 500 Euro pro Monat, die unabhängig vom Einkommen der Eltern bis zum 27. Lebensjahr gewährt werden solle. Das Bündnis setzt sich zusammen aus Expertinnen, Experten und mehreren Verbänden, wie zum Beispiel Arbeiterwohlfahrt, Kinderschutzbund, Pro Familia und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Finanziert werden könne das neue Modell durch eine Streichung bisheriger familienbezogener Leistungen wie Kindergeld, Sozialgeld, Kinderzuschlag und Bundesausbildungsförderungsgesetz. *Quelle: SoVD Zeitung 5.2009*

Neue Studie zum Schicksal von Heimkindern. Der Land schaftsverband Rheinland (LVR) untersucht seit Mitte des Jahres 2008 in einer Studie das Schicksal von Heimkindern, die seit der Nachkriegszeit bis in die 1970er-Jahre in den verbandseigenen Einrichtungen untergebracht waren. Damit reagiert der LVR auf den Druck von Menschen mit Heimerfahrung, die vor einigen Jahren damit begonnen haben, die Öffentlichkeit über die damaligen Missstände zu informieren. Leitfragen der Studie beziehen sich beispielsweise auf die oft mangelnde Qualifikation des Heimpersonals, den Einsatz von Arbeit als Erziehungsmittel sowie Entwürdigungen, Misshandlungen oder andere Straftaten. Beachtung verdiene vor allem der Aspekt der Disziplinierung abweichenden Verhaltens. Der Abschlussbericht der Studie ist für den Sommer 2010 geplant. Für ehemalige Heimkinder aus den genannten Einrichtungen wurde unter der Rufnummer 02 21/809-40 01 eine Hotline eingerichtet, die montags von 10 bis 14 Uhr, mittwochs von 13 bis 17 Uhr und freitags von 8 bis 12 Uhr zu erreichen ist. *Quelle: Pressemitteilung des LVR vom 30. April 2009*

Reader Jugendhilfe. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Selbstverlag. Berlin 2008, 331 S., EUR 12,- *DZI-D-8614*

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) hat sich in den letzten beiden Jahren mit den Herausforderungen beschäftigt, die gesellschaftlicher Wandel, Globalisierung und demographische Veränderungen für die Jugendhilfe mit sich bringen. Im Vordergrund des in diesem Band dargestellten Diskurses innerhalb der AGJ standen dabei Themen wie Jugendpolitik, Fachlichkeit, frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung, Kinderschutz und die Perspektiven der Jugendhilfe. Die einzelnen Beiträge beschreiben aktuelle Entwicklungen, den Stand der jeweiligen Diskussion und die Erkenntnisse der AGJ-Gremien. Primäres Zielpublikum sind Auszubildende, Studierende sowie Fachkräfte aus Jugendhilfe, Wissenschaft und Politik. Bestelladresse: Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Fax: 030/ 400 40 232, E-Mail: agj@agj.de, Internet: www.agj.de/ Buecher

► Ausbildung und Beruf

Zum Tod von Karl Hugo Breuer. Am 22. April 2009 starb im Alter von 84 Jahren Karl Hugo Breuer, Wegbereiter einer wissenschaftlich fundierten und praktisch sehr erfolgreichen Jugendsozialarbeit. Er war von 1951 bis 1998 Vorsitzender der Katholischen Heimstatt-Bewegung, die im Jahr 1992 zur Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendarbeit weiterentwickelt wurde und sich die Sorge um eltern- und arbeitslose Jugendliche zur Aufgabe gemacht hatte. Neben der kirchlichen Verbandsarbeit betätigte er sich als ehrenamtlicher geschäftsführender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Heimstatthilfe im Land Nordrhein-Westfalen, die im Jahr 1991 in Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen umbenannt wurde, als Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk und als Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit. Sein schriftliches Werk umfasst zahlreiche Fachpublikationen zu verschiedenen Themen der Jugendarbeit. Darüber hinaus war er Herausgeber der Zeitschrift „Die Heimstatt“ und des „Jahrbuchs für Jugendsozialarbeit“ sowie Mitbegründer des Johann-Michael-Sailer-Instituts und einer Höheren Fachschule für außerschulische Pädagogik.

Manfred Hermanns

Gender in der Pflege. Herausforderungen für die Politik. Von Gertrud M. Backes und anderen. Hrsg. Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Selbstverlag, Bonn 2008, 68 S., kostenlos *DZI-D-8629* Die häufigste Form der Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland ist die unbezahlte familiäre Betreuung durch Frauen. Doch angesichts der demographischen Entwicklung, der zunehmenden Emanzipation und der wachsenden Anforderungen an Mobilität wird die private Pflegearbeit in Zukunft nicht mehr so geleistet werden können wie heute. Die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Zentrum Altern und Gesellschaft der Hochschule Vechta erstellte Expertise zeigt, dass hier eine Schaffung von über drei Mio. Vollzeitstellen möglich wäre. Reformbedürftig sei indes auch die weitgehend von Frauen erbrachte berufliche Pflege, denn Unterbezahlung und Überbelastung prägen den Sektor. Ziel der Studie ist deshalb eine Sensi-

bilisierung für die beschriebenen Missstände im Hinblick auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erreichen. Bestelladresse: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228/88 33 98, Internet: www.fes.de/wiso

Ein multikultureller Ansatz in der Pflegeausbildung.

Um das Bewusstsein für kulturelle Unterschiede von Patientinnen und Patienten zu erhöhen, koordiniert das Institut Arbeit und Technik der Fachhochschule Gelsenkirchen ein EU-Projekt zur Pflegeausbildung, das derzeit in den Ländern Deutschland, Rumänien, Türkei und Polen stattfindet. Das Projekt dient der Erprobung entsprechender Qualifizierungskonzepte vor dem Hintergrund der zunehmenden Migration und der Internationalisierung der Gesundheitswirtschaft. Bei der Planung von Angeboten gelte es, unterschiedliche Vorstellungen von Krankheit und Gesundheit und die variierenden Werte der jeweiligen Zielgruppen zu berücksichtigen. Der Gesundheitszustand von Menschen mit Migrationshintergrund sei in Deutschland im Vergleich zur übrigen Bevölkerung deutlich schlechter. Weitere Informationen im Internet: www.iat.eu/forschung-aktuell/2009/fa2009-03.pdf *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 4.2009*

Pflegerat wünscht Einführung von Berufskammern.

Auf dem Heilberufe-Fachkongress „Pflege 2009“, der am 23. und 24. Januar dieses Jahres in Berlin tagte, forderte der Deutsche Pflegerat (DPR) in einem einstimmigen Beschluss Gesetzesinitiativen zur Schaffung von Pflegekammern. Deren Funktion bestünde darin, eine sachgerechte Pflege zu garantieren und die Belange der Berufsgruppe zu vertreten. Im Gegensatz zu Fachkräften der Medizin und Psychotherapie verfügen Pflegekräfte bisher nicht über eine eigene Kammer. Die Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit Pflichtmitgliedschaft der Pflegeberufe ist laut eines vom DPR in Auftrag gegebenen Rechtsgutachtens verfassungsrechtlich möglich. Näheres im Internet: www.deutscher-pflegerat.de. *Quelle: Pflegen 1.2009*

Gewerkschaften dürfen per E-Mail werben. Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 20. Januar 2009 ist es den für ein Unternehmen zuständigen Gewerkschaften erlaubt, Werbung oder Informationsmaterial an die dienstliche E-Mail-Adresse von Beschäftigten zu schicken. Diese Befugnis gilt auch für den Fall, dass die jeweiligen Vorgesetzten die private Nutzung der E-Mail-Anschrift verboten haben. Ein Unterlassungsanspruch besteht nur dann, wenn der E-Mail-Versand zu nennenswerten Betriebsablaufstörungen oder wirtschaftlichen Belastungen führt (BAG, Urteil vom 20. Januar 2009, Az.: 1 AZR 515/08). *Quelle: Nachrichten der KKH-Allianz 2.2009*

Tagungskalender

10.-13.9.2009 Leipzig. 31. Wissenschaftlicher Kongress des Deutschen Ärztinnenbundes: Ärztin macht Prävention. Generation Gesundheit – Investition in die Zukunft. Information: Deutscher Ärztinnenbund e.V., Bundesgeschäftsstelle, Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin, Tel.: 030/40 04 56-540, Internet: www.aerztinnenbund.de

16.-17.9.2009 Berlin. 10. DEVAP-Bundeskongress Berlin: Gepflegt altern. Information: Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege e.V., Altensteinstraße 51, 14195 Berlin, Tel.: 030/830 01-277, E-Mail: info@devap.de, Internet: www.devap.de

21.-23.9.2009 Mainz. Dreiteilige berufsbegleitende Weiterbildung: Systemisch Integrative Beratung. Information: Katholische Fachhochschule Mainz, Institut für Fort- und Weiterbildung, Saarstraße 3, 55122 Mainz, Tel.: 061 31/ 289 44-43, E-Mail: ifw@kfh-mainz.de, Internet: www.kfh-mainz.de/ifw/

25.-26.9.2009 Frankfurt am Main. 9. Internationaler akzept Kongress: Von der staatlichen Kontrolle zur Stärkung der Selbstverantwortung. Alternativen zur prohibitiv-repressiven Kontrollpolitik. Information: akzept e.V., Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, Südwestkorso 14, 12161 Berlin, Tel.: 030/82 70 69 46, E-Mail: akzeptbuero@yahoo.de, Internet: www.akzept.org

25.-27.9.2009 Berlin. 36. Herbsttagung der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention: Lebenskrise – Trauma – Depression – Unterschiedliche Ansätze im Umgang mit Suizidalität. Information: neuhland e.V., Internet: www.neuhland.de

19.-20.10.2009 Stuttgart. Betreuungs- und Bildungskongress „Invest in Future“ 2009: Herausforderung Krippenausbau meistern. Information: eoscript Publik Relations, Löwen-Markt 8, 70499 Stuttgart, Tel.: 07 11/ 65 22 79 30. E-Mail: eos@eoscript.de, Internet: www.eo-script.de

30.10.-1.11.2009 Petershagen. Seminar: Abschiede, Trennungen, Verluste. Information: Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, Mitteldorf 1, 32469 Petershagen, Tel.: 057 02/97 71, E-Mail: info@hvhs-frille.de, Internet: www.hvhs-frille.de

5.-6.11.2009 Hamburg. Tagung: Kassensturz! 20 Jahre Jugendhilfe im veränderten Deutschland. Information: Gilde Soziale Arbeit e.V., Geschäftsführung, Mumsenstraße 14, 22767 Hamburg, Tel.: 040/94 79 32 91, E-Mail: Geschaeftsfuehrung@gilde-soziale-arbeit.de, Internet: www.gilde-soziale-arbeit.de